

den nationalen Interessen der Kroaten. En passant relativiert Vilfan den bisher gerne überschätzten Anteil Napoleons an südlawischer, besonders slowenischer, Nationswerdung.

Am Beispiel der Gesundheits- und Wohlfahrtpolitik in den französischen Rheinlanden und in der Lombardie zeigen Calixte Hudemann-Simon und Edoardo Bressan, wie das auf Sicherung und Mehrung militärischer Macht fixierte Empire im sozialen Bereich lediglich in der Lage war, vorhandene Ansätze weiterzuentwickeln. Auf das Medizinalwesen wirkte der Pariser Zentralisierungswahn vernichtend, wie der zeitweilige Zusammenbruch der rheinischen Ärzteausbildung deutlich macht. Bei ihrer Betrachtung des Beamtenstandes im französischen Rheinland weist Gabriele B. Clemens nach, daß Korruption und Vetternwirtschaft mit dem *Ancien Régime* keineswegs ausgestorben waren, sondern auch traurige Begleitercheinung nachrevolutionärer Verwaltung blieben. In Italien wie im Rheinland sorgte die Kirchenpolitik Napoleons für Konflikte, da er in aufklärerischer Manier die Geistlichen als »Staatsdiener« und »Volkslehrer« in den Dienst weltlicher Macht nahm und in die Abhängigkeit vom Staat zwang (Daniele Menozzi, Elisabeth Wagner). Damit waren die kirchenpolitischen Konflikte des 19. Jhs in Deutschland und Italien angebahnt.

Auch für die rheinischen Juden fiel die Bilanz napoleonischer Herrschaft ungünstig aus. Wie im ganzen Kaiserreich, so litt auch die Judenschaft im Saardepartement (Hauptort Trier) unter den Folgen von Napoleons diskriminierendem »Décret infâme« aus dem Jahr 1808, überdies machten ihnen unsinnige und schikanöse administrative Vorschriften zu schaffen (Cilli Kasper-Holtkotte). Auf die Probleme bei der Etablierung französischer Rechtsprechung in den Rheinlanden vor wie nach dem Frieden von Campo Formio (1797) weist der Beitrag von Antonio Grilli hin. Ähnliche Konflikte zwischen dem Herkommen und einer von außen aufgezwungenen neuen Ordnung lassen sich auch für das Gerichtswesen im Königreich Neapel aufzeigen (Armando De Martino). So treten immer wieder die von Christof Dipper eingangs geschilderten »zwei Gesichter der napoleonischen Herrschaft« zu Tage. Der Anspruch auf Macht bediente sich des Mittels der Reform, doch blieb niemals zweifelhaft, wo die Prioritäten lagen.

Erlangen

Thomas Nicklas

GEHLER Michael u.a. (Hg.), *Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert* (= Historische Mitteilungen. Im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, hg. von Michael Salewski und Jürgen Elvert Bd. 15). Stuttgart, Franz Steiner, 1996, 688 S.

Der vorl. Band versammelt 23 Beiträge zu den deutsch-österreichischen Beziehungen zwischen 1815 und 1960. Die meisten von ihnen nehmen bewußt oder unbewußt, explizit oder implizit Bezug auf Karl Dietrich Erdmanns 1985 begonnenes Forschungsprojekt, das unter dem Aufsatztitel »Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk?« bekannt geworden ist. Gleichwohl betont Michael Salewski in seinem Vorwort zu Recht, wie verfehlt es wäre, bei dem vorliegenden Werk von dem Versuch einer Neuinterpretation der alten »Idee Erdmanns« zu sprechen (9).

Einer der sieben Themenschwerpunkte des Buches ist dem Vormärz gewidmet. Die Ansicht, vor 1848 habe Österreich durch die Politik Metternichs Preußen in den Schatten gestellt, weiß Peter Burg zu differenzieren. Harmonierten Wien und Berlin vielfach in Fragen der inneren Ordnung, setzte Preußen im Bereich der Wirtschaftspolitik deutlich andere, auf eine Erweiterung des freien Handels zielende Akzente. Das preußische Zollsystem erwies sich bald als erfolgreich. Da innenpolitische Maßnahmen allenfalls das Bildungsbürgertum, keineswegs die »breite Masse« berührten, wirtschaftspolitische Entscheidungen aber jedermann existentiell betrafen, hält B. nicht »an der weit verbreiteten These einer Dominanz Metternichs« fest, sondern konstatiiert »die objektive Existenz eines ambivalenten Dualismus im Vormärz« (93 f.). Im Beitrag von Hans-Werner Hahn wird denn auch die Bedeutung Preußens für den Zollverein von 1834 betont, ohne daß er Brüche verschweigt oder den politischen Akteuren konsequentes konzeptionelles Handeln unterstellt. Manfred Botzenhardt widmet sich der Behandlung der österreichischen Frage in der deutschen Nationalversammlung 1848/49, indem er die unterschiedlichen Lösungskonzepte vorstellt und den Verlauf der Beratungen nachzeichnet. Daß sich die kleindeutsche Lösung letztlich knapp durchsetzte und damit der Fortbestand der Habsburger Monarchie einstweilen gesichert wurde, bewertet er positiv. Auf diese Weise habe die Mehrheit »den Aufbau eines deutschen imperialistischen Herrschaftssystems in Mitteleuropa« verhindert (134). Durch den Sieg der konservativ orientierten Kräfte in der Paulskirche verlagerte sich das maßgebliche politische Geschehen zurück in die Hauptstädte der einzelnen Groß- und Mittelmächte. Diese bis 1851 andauernde Schlußphase der Revolution bildet den Gegenstand des Aufsatzes von Manfred Lucherhandt. Radowitz' Entwurf einer »Deutschen Union« wird ebenso wie Schwarzenbergs Vorstellung von einem »70-Millionen-Reich« einer engagierten Kritik unterzogen. Trotz der Rückkehr zu den vorrevolutionären Bundeszuständen wertet L. dabei das Ergebnis der Verhandlungen angesichts des »raschen Gewichtsverlust[s] der Habsburger Monarchie in Deutschland und Europa« als »eine schwere Niederlage Schwarzenbergs« (169). Die neue machtpolitische Situation zeichnen Martin Senner und Bernhard Unckel am Beispiel der in Berlin und Wien während des Krimkriegs und des Italienischen Kriegs verfochtenen politischen Strategien nach. Preußen setzte »auf Frieden und Neutralität« (199), Österreich unterlag Italien und sah sich mehr denn je in die Defensive gedrängt. Mit der Schlacht von Königgrätz wurde auch das Scheitern der Wiener Deutschlandpolitik offenkundig. Einen wesentlichen Grund für den Niedergang sieht Michael Derndarsky in der ausgebliebenen Demokratisierung. Der dokumentierte »Willen der Bevölkerung, bei diesem Staat zu bleiben« (244), hätte eine andere als die erfolglose Status-quo-Politik Rechbergs möglich gemacht. Bismarcks Strategie mit Blick auf Österreich untersucht Andreas Kaernbach. Er veranschaulicht, wie »flexibel« der Kanzler agierte, indem dieser »stets mehrere Optionen offen zu halten suchte« (247). Sich der Gefahren des Anachronismus bewußt, versucht K. dabei die Frage nach realistischen Alternativen zur Auflösung des Deutschen Bundes zu beantworten. Die wesentliche Zäsur im »Reichsgründungsjahrzehnt« sieht auch er in der Schlacht von Königgrätz. Mit der Entscheidung für »die militärische Lösung« war der »Einschnitt« tiefer als es jeder Vorschlag zur friedlichen Reform des Deutschen Bundes je hätte sei können (266).

Eine biographische Skizze über Karl Renner leitet mehrere Beiträge zur Problematik der »Anschlußidee« ein. Siegfried Nasko sieht in Renner und dessen auf vielen Politikfeldern zu konstatiertender »Janusköpfigkeit« in mancherlei Hinsicht eine Personifizierung Österreichs, »war er doch deutschnational und österreichisch-patriotisch zugleich, sprach er sich doch für und gegen Hitler-Deutschland in einer Person aus« (423). Die Frage nach der Rolle wirtschaftlicher Motive bei den Befürwortern eines »Anschlusses« Österreichs an Deutschland, beantwortet Franz Mathis. Breite Kreise der Bevölkerung hegten demnach den »Anschlußwunsch« primär aus wirtschaftlichen Gründen; für Intellektuelle scheint er von sekundärer Bedeutung gewesen zu sein. In der Wirtschaft selbst waren Zweifel an »etwaigen wirtschaftlichen Vorteilen in manchen Sparten« unübersehbar (438). Aus deutscher Perspektive entsprach der »Anschluß« von 1938 weniger den Interessen von Industriellen und Handeltreibenden als denen der »von der Politik instrumentalisierten Wirtschaft« (439). Einen wesentlichen Einzelaspekt thematisiert in diesem Zusammenhang Rolf Steinerger. Er untersucht detailliert die Verhandlungen, die 1931 zu einer deutsch-österreichischen Zollunion führen sollten; sie scheiterte letztlich am Widerstand Frankreichs. Daß »das Auseinanderdividieren der beiden ›Bruderlande‹ am Anfang von Hitlers Österreichpolitik stand (481), ruft Franz Müller in Erinnerung. Er beschreibt den Weg bis zum »Anschluß«, der nach der Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß und spätestens seit der erklärten Bereitschaft Mussolinis, Österreich als Satelliten Deutschlands zu akzeptieren, absehbar war. Dieter A. Binder plädiert in seinem Beitrag für eine gründliche Erforschung der systematischen Destabilisierung Österreichs durch das Deutsche Reich vor 1938. Zu sehr sei die Geschichtsschreibung bislang in der These von Österreich als erstem Opfer des »Dritten Reiches« gefangen gewesen oder habe, ebenso unkorrekt, die deutsch-österreichischen Beziehungen zwischen 1933 und 1938 lediglich als Aspekt einer »Reichsgeschichte« gesehen (511). Damit wird keineswegs eine grundsätzliche Neubewertung mit Blick auf die in der österreichischen Gesellschaft zu konstatierten Einstellungen verlangt. Letztere hat Evan Burr Bukey vor allem für die Zeit von 1938 bis 1945 beschrieben. B. kommt zu dem Schluß, daß sich die Haltung der Bevölkerung zum NS-Regime in Österreich und Deutschland nicht wesentlich voneinander unterschied.

Mit zwei Aufsätzen von Michael Gehler zur Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg schließt der Band ab. G. zeichnet nach, wie sich eine 1955 wirksam werdende »echte Interessengemeinschaft« zwischen Bonn und Wien entspann (579), obwohl unterschiedliche Wege eingeschlagen wurden. Deutschland setzte auf die Westintegration, Österreich auf die Neutralität. Eine »Österreichlösung« für Deutschland, also ein Nichteintritt in die NATO, hätte auch den Wiener sicherheitspolitischen Interessen widersprochen. Welche Auswirkungen die Divergenz zwischen »Westintegration« und »Westorientierung« auf europapolitischem, d.h. vielfach wirtschaftlichem Gebiet hatte, untersucht G. in seinem Beitrag »Klein- und Großeuropäer« für den Zeitraum 1947/49 bis 1960. Der durch »die kerneuropäische Politik der Bundesrepublik Deutschland erzeugte [...] integrationspolitische Sog« war demnach mit dem langfristigen Interesse Österreichs in Einklang zu bringen, »ein Arrangement mit den Staaten des Gemeinsamen Marktes zu erzielen« (642). Diese Übereinstimmung führte nach

An Bismarck selbst lag es dann, die Wunden zu kühlen und eine Normalisierung im Verhältnis zwischen Wien und Berlin herbeizuführen. Wie der Reichskanzler auf das Werben von Österreich-Ungarns Außenminister Graf Julius Andrassy reagierte, zeigt Rainer F. Schmidt am Beispiel der Orientkrise von 1875 bis 1878. Mochte Andrassy von Bismarck auch manches Mal »dämpft worden« sein, das angestrebte Ziel erreichte er: Der Zweibund nahm das Deutsche Reich »ins Schlepptau der Wiener Orientinteressen« (293). Ähnlich betrachtet Lothar Höbelt die »Konstellation des Jahres 1914« als einen »Erfolg österreichischer Vorstellungen« (303). In seinem stilistisch aus dem Rahmen des Üblichen fallenden Beitrag erklärt er den Zweibund zum »Bündnis mit paradoxen Folgen« (295), indem er ein Kaleidoskop der Meinungen über die deutsch-österreichischen Beziehungen ausbreitet und manches Beispiel für die Spannungen innerhalb des Zwei-bundes gibt. Einen weiten Bogen schlägt Harm-Hinrich Brandt. Er vergleicht die Mitteleuropakonzeptionen aus »der Zeit der Paulskirche und des Ersten Weltkriegs« (315), geht sogar über diese Eingrenzung hinaus. Wird durch B. die europäische Ideenwelt exemplarisch vor Augen geführt, beschäftigen sich Manfried Rauchensteiner und Imanuel Geiss mit dem nur scheinbar hinlänglich erforschten Thema des »Kriegsausbruchs« von 1914. Beide Autoren verwenden die geophysikalische Metapher des »Ausbruchs«, obwohl sie sich der terminologischen Problematik bewußt sind. R. bevorzugt jedoch den Terminus »Entfes-selung«, wobei er die Ortsbezeichnung »in Wien« zunächst mit einem Fragezeichen versieht (355). Ohne die tieferen Ursachen des Krieges zu übergehen, schildert er detailliert die Julikrise, zitiert zustimmend die Äußerung Leopold von Andrian-Werburgs, Österreich-Ungarn habe »den Krieg angefangen« und betont zugleich die fatale »Bündnisautomatik« (371). G. ruft die Etappen der For-schung zum Kriegsbeginn von 1914 in Erinnerung, die seit den frühen sechziger Jahren von der »Fischer-Kontroverse« geprägt ist. Er modifiziert seine stark an Fischer angelehnte Position. Dabei strebt er keinen neuerlichen »Paradigmenwechsel« an, zumal »das Erdbeben in Ost- und Südosteuropa« an der Quellenlage nichts geändert hat (375f.). Doch verlassen ihn die aus der Beschäftigung mit der außereuropäischen Geschichte hervorgegangenen »Lerngewinne«, eine neue »Verteilung der Anteile an der Kriegsauslösung« festzulegen (376f.). Die »Anteile« entfielen bislang zu 90 % auf Deutschland, zu 5 % auf Österreich-Ungarn und zu weiteren 5 % auf die übrigen Kriegsteilnehmer. »Heute drängt sich ein stärkerer Anteil Rußlands und Serbiens auf«, doch werden Deutschland noch immer »80 % oder 70 %« zugewiesen (377). G. stellt die Vorkriegsgeschichte aus unterschiedlichen Perspektiven dar und zieht schließlich eine »neue Bilanz« (393). Irritierend ist seine bisweilen unhistorische, weil anachronistische »Be-weisführung«. Das Verhalten Serbiens im jüngsten Balkankrieg wird nicht als Argument für eine begründete Vermutung, sondern als wissenschaftlicher Beleg dafür angeführt, daß sich Serbien vor über achtzig Jahren auch dann unkooperativ gezeigt hätte, wenn ihm erweiterte Angebote unterbreitet worden wären: »Heute weiß die Weltgemeinschaft, was Wien 1914 nur ahnen, aber nicht bewei-sen konnte, daß sich ein offizielles Serbien an keine Zusagen hält, die es im Wi-derspruch zu eigener nationaler ›Würde‹, ›Ehre‹ und ›Interessen‹ hält, daß es selbst nie eine rückhaltlose Aufklärung des Attentats und seiner serbischen Hin-tergründe zugelassen hätte« (390).

dem Wegfall der hindernden internationalen Rahmenbedingungen 1989/90 zum Beitritt Österreichs in die Europäische Gemeinschaft.

»Ungleiche Partner?« gibt auf eine Vielzahl der von Karl Dietrich Erdmann aufgeworfenen Fragen weiterführende Antworten. Das Buch wird bereichert durch instruktive Einleitungen und historiographische Betrachtungen aus jeweils deutscher und österreichischer Sicht, ein Literaturverzeichnis sowie ein – bei Sammelbänden nicht selbstverständliches – Personenregister.

*Siegburg*

*Ralf Forsbach*

RAUH Reinhold – SEYMOUR Bruce (Hg.), Ludwig I. und Lola Montez. Der Briefwechsel. München, Prestel, 1995, 392 S., zahlr. Abb.

Wer von König Ludwig I. von Bayern (1786–1868) spricht, spricht von dem Philhellenen, der den griechischen Freiheitskampf mit heißem Atem verfolgte, der zunächst einen gemäßigten Liberalismus praktizierte, bevor er in seinem Regierungsstil ultrakonservativen Gedankengängen nachgab, der aber vor allem als der große Förderer der Kunst und der Erbauung der Feldherrnhalle, der Propyläen, der Befreiungshalle bei Kelheim, der beiden Pinakotheken, der Bavaria, der Glyptothek und anderer Denkmäler in die Geschichte einging. Daneben gibt es aber auch jenen Ludwig, der als einundsechzigjähriger Monarch den verführerischen Verlockungen der noch nicht dreißigjährigen spanischen Tänzerin, die damals bereits eine gescheiterte Ehe hinter sich hatte, erlag. Der in seiner exaltierten, uns heute unverständlichen und unkontrollierten Sprache geführte Briefwechsel war bislang nur in wenigen Fragmenten bekannt. Er liegt jetzt, versehen mit einer aufschlußreichen Einleitung und einem behutsam beigefügten Kommentar, offenbar ziemlich vollständig vor. Über die innere Geschichte des Königreichs erfahren wir recht wenig, wohl aber erleben wir die Parteiungen in der politischen Öffentlichkeit Bayerns, die meistens gegen die Tänzerin gerichtet waren, die Demonstrationen der Auflehnung, die Stimmungen in der Studentenschaft in der Frage ihrer Rangerhöhung zur Gräfin von Landsberg, zum Aufenthalt bzw. zur Rückkehr in die Residenzstadt, angereichert von gegenseitigen Liebesbekundungen, Eifersüchteleien und Gefährdungen des öffentlichen Friedens in der Landeshauptstadt. Die weiteren Vorgänge sind bekannt: Einsatz des Militärs, Schließung der Universität, Verbannung der Montez, Gerüchte über ihre Rückkehr nach München, Aufhebung des Indigenats, Thronentsagung des Königs, Flucht der Tänzerin über England und Spanien nach den USA, wo sie völlig verarmt nach wiederholt gescheiterter Ehe verstarrt, während ihr königlicher Geliebter jetzt in Nizza wieder seinen künstlerischen Passionen nachgehen konnte. Man soll das Liebesabenteuer des Monarchen weder nach der einen noch der anderen Seite überbewerten. Seine Verdienste um die künstlerische Kultur sollten davon unberührt bleiben.

*Bonn-Bad Godesberg*

*Willy Real*

BECK Hermann, *The Origins of the Authoritarian Welfare State in Prussia. Conservatives, Bureaucracy, and the Social Question, 1815–70*. Ann Arbor, The University of Michigan Press, 1995, XVI u. 298 S.

Mit Preußen assoziieren viele, zumal im Ausland, die Vorstellung eines übermächtigen, repressiven Militarismus. Demgegenüber setzt sich B., der deutsche